

SAB ergreift Ja-Parole zur Waffenrechtsrevision

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) unterstützt die Revision des Waffenrechts, um den Schweizer Tourismus nicht zu gefährden.



Die Anpassungen bei der Revision des Waffenrechts würden dem Schweizer Schiesswesen Rechnung tragen und faktisch keine Änderungen für Besitzer von Armeewaffen, Mitglieder von Schützenvereinen und Jäger bringen.

Bild: Antonio Grosz / Unsplash

Eine Ablehnung der Waffenrechtsrevision gefährdet den Schweizer Tourismus, warnt die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) in einer Mitteilung. [Der Verein schliesst sich damit der Ja-Parole vom Verband hotelleriesuisse an, welche vor denselben Auswirkungen warnt. \(https://www.htr.ch/story/hotelleriesuisse-empfeilt-ja-zum-revidierten-waffengesetz-22948.html\)](https://www.htr.ch/story/hotelleriesuisse-empfeilt-ja-zum-revidierten-waffengesetz-22948.html) Ein Scheitern der Vorlage an der Volksabstimmung vom 19. Mai 2019 würde automatisch die Kündigung des Schengen-Abkommens nach sich ziehen.

Die pragmatischen Anpassungen bei der Revision des Waffenrechts würden dem Schweizer Schiesswesen Rechnung tragen und faktisch keine Änderungen für Besitzer von Armeewaffen, Mitglieder von Schützenvereinen und Jäger bringen, haltet die SAB fest. Eine Ablehnung der Vorlage hätte dagegen die Kündigung der Schengen-Mitgliedschaft zur Folge und würde den Schweizer Tourismus massiv treffen.

Schengen-Abkommen wirkt sich positiv auf Schweizer Tourismus aus

Seit dem Beitritt der Schweiz zum Schengenraum verzeichnen zahlreiche Schweizer Destinationen deutlich mehr Gästen aus China, Indien und dem arabischen Raum. Diese steuern jährlich rund 1.1 Milliarden Franken an die gesamte touristische Wertschöpfung bei. Touristische Angebote im Alpenraum wie bei-spielsweise der Glacier-Express oder das Jungfrauoch profitierten in den letzten Jahren stark von Touristen aus aussereuropäischen Ländern und konnten ihre Marktanteile kontinuierlich ausbauen.

Ohne die erleichterten Schengen-Visabestimmungen müsse mit einem massiven Rückgang der Reisenden aus diesen für die Zukunft des Schweizer Tourismus entscheidenden Wachstumsmärkten gerechnet werden, warnt die SAB. Dies wäre laut des Vereins umso gravierender, als der Tourismus in der Schweiz seit Jahren vor grossen Herausforderungen steht. Namentlich in den alpinen Räumen führten die Folgen der Eurokrise, der starke Franken, das abnehmende Interesse am Wintersport und der Klimawandel zu teilweise schmerzhaften Einbussen.

Grenzüberschreitende Herausforderung Sicherheit

Die Mitgliedschaft im Schengenraum ermöglicht der Schweizer Polizei und den Sicherheitsbehörden den Zugang zum Schengener Informationssystem. Dieses stellt für die tägliche Fahndungsarbeit ein zentrales Instrument dar und leistet einen wichtigen Beitrag an die Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Angesichts der zunehmend globalen Herausforderungen im Sicherheitsbereich kommt der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit eine immer grössere Bedeutung zu.

Auch unter diesem Blickwinkel seien die mit dem Schengen-Abkommen verbundenen Vorteile aus Sicht der SAB zu gewichtig, als dass sie aufs Spiel gesetzt werden dürften. Das Gleiche gelte für die Zusammenarbeit im Asylbereich im Rahmen des Dublin-Abkommens, das mit dem Schengen-Abkommen verbunden ist und bei einem Nein zur Waffenrechtsrevision ebenfalls wegfallen würde.

Traditionen werden laut SAB respektiert

Das Armee- und Schützenwesen sei ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Identität und stelle in den Berggebieten und ländlichen Räumen eine lebendige Tradition dar, hält der Verein fest. Die SAB erachte es als zentral, dass das Schweizer Waffenrecht auch in Zukunft eine uneingeschränkte Ausübung des Schiessens als Breitensport ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund begrüsse sie die vom Bundesrat ausgehandelten und vom Parlament beschlossenen Ausnahmebestimmungen bei der Übernahme der neuen Waffenrichtlinie für den Schengenraum. Diese trügen dem traditionellen Schiesswesen und Waffenbesitz in der Schweiz weitestgehend Rechnung und stellten sicher, dass Sportschützen, Besitzer von Ordonnanzwaffen der Armee und Jäger weiterhin ihrem Hobby nachgehen können. (htr)

Publiziert am Dienstag, 19. März 2019